



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

März 2017

Auch am Internationalen Frauentag: Wir sind kampagnenfähig!



Eines der Einsatzteams am 8. März vor dem Krankenhaus St. Georg, Foto: Hildegard Heinemann
Siehe auch Seite 8 und 9

Redaktionsschluss für die April-Ausgabe:
Dienstag, 04.04.2017

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Einladung/Erklärung	S. 2f
Direktkandidatur/Bewerbungen	S. 4ff.
Frühjahrsempfang Newroz	S. 7
8. März	S. 8f.
Dieselskandal + Fahrverbote	S. 10
Marx- Anekdote	S. 11
Zur politischen Lage	S. 12f.
Gefährliche Radfahrstreifen	S. 14
Termine / Kontakt	S. 15

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung

Am Sonntag, den **02. April 2017**, von **14:00 bis 19:00 Uhr** im großen Sitzungsraum des **Landesjugendrings, Güntherstraße 34, 22087 Hamburg** (Hohenfelde)

Themen: 1. Politische Konsequenzen der Schüsse auf einen Geflüchteten in St. Georg
2. Nachwahlen zum Bezirksvorstand (2 freie Frauenplätze)

**Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Kolleginnen und Kollegen,**

in Hamburg wird momentan der Polizeieinsatz mit Schusswaffengebrauch in St. Georg am 01. Februar 2017 und die schwere Verletzung des ghanaischen Flüchtlings Obang A. diskutiert. Mit dem Einsatz sind einige Fragen neu aufgeworfen: Wie steht es um die Situation der Flüchtlinge in Hamburg? Wie verhältnismäßig agiert die Polizei, welche Politik liegt ihrem Handeln zugrunde? Soll hier ein Präzedenzfall für die verschärfte Durchsetzung „innerer Sicherheit“ vor dem Hintergrund des G20-Gipfels geschaffen werden?

Der Bezirksvorstand DIE LINKE Hamburg-Mitte lädt euch herzlich ein, diese Fragen zu diskutieren und gemeinsam Konsequenzen zu ziehen. Dafür hat eine Arbeitsgruppe des Bezirksvorstands zusammen mit dem Bürgerschaftsabgeordneten Martin Dolzer bereits eine Erklärung erarbeitet, die ihr hier auf der Seite 3 findet.

Im Anschluss daran schaffen wir mit Nachwahlen zum Bezirksvorstand die Gelegenheit, die zwei freien Frauenplätze zu besetzen. Wir bitten alle interessierten Genossinnen, sich für die interessante Tätigkeit im BeVO zu bewerben. Es wartet eine spannende Zeit u.a. mit dem G20-Gipfel und der Bundestagswahl auf Euch, die wir solidarisch gestalten wollen.

Mit solidarischen Grüßen i.A. des Bezirksvorstands,



Alexander Benthin (Mitwirkende: Eva Rozanski, Monika Berstecher, Jörg Günther, David Stoop und Wolfgang Strauß)

Vorschlag zur Tagesordnung:

- **0. Begrüßung und Konstituierung** 14:00 Uhr
- **1. Nach den Schüssen auf einen Flüchtling: Lage rund um den HBF – Was tun?**
Der Bezirksvorstand führt in das Thema ein (und ggf. weitere Referenten) 14:15 Uhr
Diskussion
- Pause - 16:15 Uhr
Konsequenzen 16:45 Uhr
- **2. Nachwahlen zum Bezirksvorstand** 17:45 Uhr
Wahl einer Wahlkommission
Nachwahl auf der Liste zur Einhaltung der Mindestquotierung für Genossinnen
- **3. Verschiedenes** 18:45 Uhr

Ende etwa um 19:00 Uhr

Hinweis zur Anreise: Das Gebäude des Landesjugendrings liegt **nicht direkt an der Güntherstraße, sondern ca. 20 Meter hinter einer Wiese**. Das einstöckige Flachdach-Gebäude des Landesjugendrings ist jedoch von der Güntherstraße aus an den Gleisen gut sichtbar, siehe Foto auf der Webseite:

<http://www.ljr-hh.de/wir-ueber-uns/geschaeftsstelle/>

Erreichbarkeit über öffentliche Verkehrsmittel:

U3 oder Bus 172 /173 Haltestelle „Umlandstraße“

Die Tagungsstätte ist von dort sehr gut über einen kleinen überdachten Fußgängerweg erreichbar, der links an der U-Bahn-Haltestelle entlang führt. Die Güntherstraße überqueren und dem Weg für 20 Meter weiter folgen, dann befindet sich der Eingang zur Linken.

Barrierefreiheit: Die U-Bahn ist hier leider nicht barrierefrei ausgebaut, daher ist ggf. eine Anreise mit dem Bus erforderlich; Räumlichkeiten und WC sind barrierefrei zugänglich

Schüsse in St. Georg

Entwurf einer Arbeitsgruppe des Bezirksvorstands für eine politische Erklärung

Die Arbeitsgruppe bestand aus: Alexander Benthin, Monika Berstecher, Martin Dolzer, Jörg Günther, Andra Recke, Eva Rozanski

Nach den Schüssen auf den 33-jährigen Ghanaer Obang A. am 1. Februar 2017 und der darauf folgenden Kampagne u.a. der CDU und der BILD gegen afrikanische Geflüchtete und den Abgeordneten Martin Dolzer erklärt der Bezirksvorstand Mitte der Partei DIE LINKE:

Wir wünschen Obang A. eine gute Genesung von seinen Verletzungen. Wir fordern die tiefgründige Aufklärung der Schüsse vom 01. Februar, die Haft des noch immer schwer verletzten Obang A. muss sofort beendet werden.

Augenzeugen berichten, dass sie keine Notwehrsituation erkennen konnten. Da von dem zu diesem Zeitpunkt sichtlich angetrunkenen und desorientierten Obang A. aus ihrer Sicht keine große Gefahr für den Zivilpolizisten ausging und insbesondere aufgrund einer Pause zwischen den Schüssen, werteten die Augenzeugen den Vorfall als lebensgefährdendes Fehlverhalten oder gar rassistisch motivierten Hinrichtungsversuch.

Mit den Vorwürfen und der Anzeige gegen den Bürgerschaftsabgeordneten der LINKEN Martin Dolzer, der dies zitiert hatte und von den Behörden die Aufklärung des Falles fordert, wird versucht, eine Stimmung zu erzeugen, die von der tiefgründigen Klärung eines möglichen Fehlverhaltens des Beamten und den gesellschaftlichen Hintergründen sowie von notwendigen Veränderungen ablenken soll.

Die Bundesrepublik Deutschland ist mit asymmetrischer und neokolonialer Wirtschaftspolitik (speziell mit Rüstungsexporten), aggressiver Außenpolitik sowie der gesteigerten Abschottung mehrfach mitverantwortlich für die Not, aus der immer mehr Menschen fliehen. Die aus Kriegen und Elend Geflohenen sind mit der Hoffnung auf Sicherheit, Menschenrechte, eine Zukunftsperspektive und ein würdiges Leben in unsere Gesellschaft gekommen. Sie finden sich aber in einer Situation wieder, in der sie oftmals nicht am Arbeitsleben, am kulturellen Leben, an gleicher Gesundheitsversorgung sowie an demokratischer Mitbestimmung teilhaben können. Diese zunehmende Ausgrenzung von Menschen im neoliberalen Kapitalismus führt zu Depressionen, Unzufriedenheit und Perspektivlosigkeit.

Demgegenüber setzt sich DIE LINKE für Frieden, echte Entwicklungs- und Aufbauhilfe und faire Handelsbeziehungen ein. Der schmutzige Deal mit dem reaktionären Erdogan-Regime in der Türkei muss beendet werden, das antifaschistisch geprägte Asylrecht muss in vollem Umfang wiederhergestellt werden. Hamburg kann in diesem Sinne als erste Schritte als Hüterin des Friedens zuerst die Waffenexporte durch den Hamburger Hafen stoppen und Geflüchteten eine umfangreiche Teilhabe ermöglichen.

Dass die Boulevardpresse nun afrikanische Flüchtlinge weiter völlig undifferenziert als „Drogenszene“ stigmatisiert, ist vollkommen verantwortungslos. Mit derartigen Kampagnen wird in Hamburg wie in aller Welt versucht, eine repressive Innen- und Justizpolitik durchzusetzen. Dieses Vorgehen ist für die gesellschaftliche Entwicklung wie auch Einzelpersonen gefährlich. Viele Geflüchtete und Mitglieder der afrikanischen Communities leben verstärkt in Angst, weil sie täglich mit Rassismus konfrontiert sind, dem auch durch rechte Propaganda wie von AfD und Donald Trump Vorschub geleistet wird. Viele von ihnen werden wiederholt, meist ohne für sie ersichtlichen Anlass, kontrolliert. In St. Georg und auf St. Pauli werden in letzter Zeit zunehmend repressive statt sozialer Konzepte angewandt. Die Finanzierung von Jugendeinrichtungen, sozialen Einrichtungen und der Drogenhilfe wird runtergefahren*, die Polizeiarbeit stattdessen verstärkt. In St. Georg sind einzelne Zivilpolizisten gefürchtet. Die Einrichtung einer Task Force und der Einsatz vieler ZivilpolizistInnen auf St. Pauli sorgen für Unruhe anstatt Sicherheit. Zum Teil sind in der Nähe der Hafestraße lebende AfrikanerInnen schon mehr als 20mal kontrolliert worden. Demgegenüber sind besonders in St. Georg und in St. Pauli die Stärkung der Sozialarbeit und einer kommunikativen statt repressiven Polizeistrategie zum Beispiel in Form von Runden Tischen notwendig. Dafür steht DIE LINKE.

DIE LINKE Hamburg-Mitte fordert mit Martin Dolzer die tiefgründige Aufklärung der Schüsse auf Obang A. Kritische Aufmerksamkeit der Bevölkerung unterstützt dieses Anliegen. Dazu rufen wir Sie herzlich auf.

* *Das stimmt so pauschal nicht, -red*

Wir müssen das Land verändern!

Ich wollte hiermit noch einmal alle Interessierten bitten und auch dazu auffordern, ruhig zu kandidieren, sich und ihre Vorstellungen einmal vorzustellen. Sie sollten aber auch bereit dazu sein, das Basisprogramm der Linken im Bundestagswahlkampf 2017 umsetzen und Änderungen in der Bundespolitik herbeiführen zu wollen; zum Wohl des deutschen Volkes gemäß ihres Gewissens gestützt durch unsere Verfassung und unser Grundgesetz. Sie sollten sich zum Schutz unseres Sozialstaates für die Armutsbekämpfung und auch für Änderungen und Reformen in der Arbeitsmarktpolitik und auch in der Sozialpolitik verstärkt einsetzen, wie es das Bundestagswahlprogramm der Linken vorsieht, im Fall einer Koalitionsbeteiligung oder auch nur in der Opposition.

Stefan „Teddy“ Dührkop geht nämlich mit gutem Beispiel voran und versucht es am 18.03.2017. Nehmt Euch alle ihn ruhig zum Vorbild. So wie es in Berlin seit der Agenda 2010 abläuft, kann und darf es jedenfalls nicht weitergehen, es müssen Änderungen und Reformen her. Wir brauchen ei-

nen Paradigmenwechsel in der Sozialpolitik, der alles Soziale und auch den Arbeitsmarkt rettet, der die Armut bekämpft und sich für auskömmliche Arbeit, auch für die Schaffung und Förderung derartiger Arbeitsplätze vehement und energisch politisch einsetzt, um die Missstände der Vergangenheit zu beseitigen.

Wenn es keine auskömmliche Arbeit mehr gibt, sinkt die Bereitschaft überhaupt noch zum Arbeiten zu gehen und es bleiben vermehrt Menschen zu Hause - sie wollen dann gar nicht mehr arbeiten, weil es sich schlichtweg ganz einfach gar nicht mehr lohnt. Diese Zustände dürfen nicht weiter fortbestehen, aber sie bestehen trotzdem fort. Dagegen müssen wir etwas tun, weil sonst unser Wohlstand dann eines guten Tages verloren sein wird und nicht mehr zu retten wäre. Unsere moderne Gesellschaft und die ganzen Strukturen wären aufgelöst in naher Zukunft. Die Weichen hierfür sind bereits jetzt gestellt, müssen aber dringend korrigiert werden.

Roberto Perez-Hagen

Bewerbung zur Bundestagskandidatur: Willi Mittelstädt

Vorbemerkung: Willi Mittelstädt unterstützt seit vielen Jahren die Linke in Billstedt und Hamburg-Mitte. Dies ist auf den beigefügten Bildern zu sehen. Willi hat viele Jahre dem Billstedter Wochenmarkt ein Linkes Gesicht gegeben und musste sich dieses Recht teilweise erkämpfen. Willi war viele Jahre im Regionalausschuss Billstedt für die Linke aktiv und ist heute Vertreter der Linken im Beirat des Forums Billstedt-Horn. Er ist im wahrsten Sinne ein Mann aus dem Volk, der aufgrund seiner vorzüglichen Grundgesetz-Kenntnisse sich von dem bisherigen SPD-Volksvertreter des Wahlkreises 18 unterscheidet.

Wolfgang Strauß
Sprecher BO-Billstedt

Das nebenstehende Foto zeigt Willi in Aktion am Billstedter Marktplatz - red



Lebenslauf Willi Mittelstädt

Willi Mittelstädt ist am 26. Mai 1941 in Hamburg-Altona geboren. Die Kriegs- und Notjahre verbrachte er mit der Mutter und den beiden jüngeren Schwestern evakuiert in Zarrentin-Mecklenburg und wieder in Hamburg-Altona.

Sein Vater erzählte ihm später lobend, dass er als kleines Kind schon sicher Bückel essen konnte, trotz der Gräten. Bückel schienen das Grundnah-

rungsmittel in den Hungerjahren am Altonaer Fischmarkt gewesen zu sein.

1948 zog die Familie in eine Wohnung in Barmbek, zwischen Ruinen, Trümmern und Nissenhütten. Er besuchte brav die 1908 erbaute „Volksschule für Knaben“ Imstedt bis zur sechsten Klasse.

1954 Umzug nach Osdorf und Besuch der Technischen Oberschule.

Sein Berufswunsch, Lokomotivführer zu werden, scheiterte an seiner zu schlechten Sehkraft und der in Norddeutschland beginnenden Elektrifizierung. Plötzlich gab es durch die Umstellung von der Dampflok zur E-Lok reichlich Lokpersonal.

Er entdeckte seine Liebe und seine Neigung für den Einzelhandel. 1971 gründete er sein eigenes Geschäft mutig nach vielen schlaflosen Nächten und einigen hunderttausend D-Mark Schulden. Das Geschäft entwickelte sich erfolgreich und wurde 1976 erheblich vergrößert. Die Ehescheidung und ihre Folgen raubten ihm die Kraft, das Geschäft nach der Auseinandersetzung weiterführen zu können. Er schloss das Geschäft für immer.

Schwierig war der Arbeitsmarkt für ältere Bewerber bereits damals. In einer großen deutschen Bank fand er einen Arbeitsplatz als Bote.

Mehr traute er sich nach dem Schicksalsschlag Ehescheidung und Geschäftsaufgabe nicht zu. Ein beruflicher Aufstieg wurde ihm in der Bank verweigert.

Er blieb Bote bis zur Rente, engagierte sich in der Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit. Allem Spott von der Firma und der Gewerkschaft zum Trotz ließ er einmal seine Rechtsauffassung vom Arbeitsgericht Hamburg überprüfen. Er gewann den Arbeitsgerichtsprozess gegen die große weltweit aktive Bank. Die Gewerkschaftsjuristen hatten ihm den Rechtsbeistand verweigert. Niemand verspottete ihn mehr. Die Bankjuristen mussten ihre Rechtsauffassung korrigieren.

Im Kirchenvorstand und in der Kreissynode führte er drei Jahre die kleine Oppositionsgruppe, stritt sich erfolgreich mit den Kirchenoberen und half, die Entlassung eines Pastors zu verhindern.

Darum will ich für den Bundestag kandidieren

Der Bundesverband „Die Tafeln“ schätzt, dass etwa 350.000 Haushalte aus Armut in Deutschland vom elektrischen Strom abgeschaltet sind. Versuchen Sie einen Tag ohne elektrischen Strom zu leben und wählen Sie unverändert Johannes Kahrs und die SPD, die Schöpfer des neuen Elends. Fast jedeR ArbeitnehmerIn lebt in Deutschland seit der SPD-Grünen Ära unter dem Damoklesschwert, zwölf Monate vor Hartz-IV zu sein, egal, wieviel Beitrag er in die Arbeitslosenversicherung einzahlte.

Johannes Kahrs konnte 30.000.000,—Euro aus dem Bundeshaushalt für Hamburgs Olympia-Bewerbung durchsetzen, aber weigert sich, das Flaschenpfand für die Mühsamen und Beladenen um fünf Cent zu erhöhen. Für diese Menschen werden ihm zwanzig Prozent Erhöhung zu viel sein.

Mein Lebensweg kreuzte sich oft schicksalhaft mit Mühsamen und Beladenen, wie Jesus die Benachteiligten im Kapitel 11 des Matthäus-Evangeliums nannte. Mit der Schaffung von Hartz-IV und Grundsicherung, der Ausdehnung von Leiharbeit und vielen weiteren schikanösen Vorschriften gegen die Ärmsten und schutzlos Verleugneten in unserer Gesellschaft sind Millionen Menschen in unserem Volk unglaublich vom Hunger, vom Betteln, und vom Flaschensammeln betroffen. Seit einiger Zeit engagiere ich mich für eine Frau, die auf Null Euro herab schikaniert wurde und helfe ihr bei Behördengängen, wie ich es auch für etliche andere Menschen aus Billstedt getan habe.

Darum wird einer meiner Schwerpunkte bei den

vielen politischen Baustellen ein Sanktionsverbot gegen Hartz IV Empfänger sein und langfristig Hartz IV ganz abzuschaffen.

Die gesamte Sozialpolitik, die Schuldenbremse, das Ungleichgewicht im Mietrecht, Tierschutz, Bundeswehr als Verteidigungsarmee gemäß Artikel 26,1 GG, endlich ein wirkliches Streikrecht, nachdenken über ein politisches Streikrecht und dem Volk endlich die im Artikel 20,2 GG garantierten Abstimmungen zu ermöglichen, wären spezielle Interessengebiete für mich im Wahlkampf und im Bundestag.

Im Wahlkampf muss es der Linken gelingen, die anderen neoliberalen Parteien zu demaskieren. Martin Schulz, ein heutiger Rattenfänger, nur statt der Flöte mit SPD-Versprechungen muss entzaubert werden. Der SPD-Direktkandidat im Wahlkreis 18 Johannes Kahrs engagiert sich als Mitglied im konservativen und neoliberalen Seeheimer Kreis bisher nicht für Verbesserungen im sozial- und gesundheitspolitischen Bereich. Es muss deutlich werden, dass die SPD unverdrossen Positionen gegen die Interessen des Volkes vertritt und diese möglichst noch vor der Wahl durchsetzen will. Mit Finanzierungstricks sollen die Autobahnen bald privatisiert werden und CETA endlich ganz leise zu unser aller Schaden in Kraft treten. Warum arbeitet die SPD schon seit Jahrzehnten zum Nachteil der BürgerInnen?

Ich würde die Worte aus dem Artikel 38,1 des Grundgesetzes als Auftrag ernst nehmen: „Vertreter des ganzen Volkes“ zu sein.

Hamburg, den 05. März 2017 © Willi Mittelstädt

Kandidatur von Martin Dolzer

Der moderne Kapitalismus in seiner neoliberalen Formation befindet sich seit Jahren weltweit in einer immer deutlicher werdenden tiefen Krise. Auch die aktuelle gesellschaftliche Situation in Deutschland und Hamburg verlangt danach, dass DIE LINKE im kommenden Bundestag wieder mit einer starken Fraktion vertreten ist.

Wer, wenn nicht wir, steht in der derzeitigen Finanz- und Wirtschaftskrise, in Zeiten des Sozialabbaus, zunehmender Kriege und geostrategischer Machtkämpfe, erstarkendem Rechtspopulismus, einer unsozialen und menschenrechtswidrigen Flüchtlingspolitik und der Verteilung des Reichtums nach Oben noch auf der Seite der Erniedrigten gegen die Benachteiligung und Ausbeutung der Mehrheit durch eine verantwortungslose Minderheit.

Ich denke wir sind in der Verantwortung gemeinsam mit den Menschen, sozialen AkteurInnen und Bewegungen sowie Gewerkschaften eine gesellschaftliche Vision zu entwickeln und umzusetzen in der soziale Gleichheit, respektvolles miteinander, Frieden, demokratische und kulturelle Teilhabe für alle Menschen, die Menschenrechte und das Völkerrecht im Zentrum der Politik stehen. Dahin ist es ein weiter Weg, den wir schrittweise gehen müssen. Dem „Klassenkampf von Oben“, der Politik der sozialen Spaltung, der zunehmenden Militarisierung und der Verschärfung der ordnungspolitischen Sicherheitspolitik, die die metropolitanen Eliten in ihren Arbeitsprogrammen sowie Strategiepapieren (EU-Kommission, EUISS, Bundesregierung, SWP, Ursula von der Leyen, Lobbyverbände etc.) ausrufen und mittlerweile immer offensiver umsetzen, können und müssen wir diese Vision und unsere Solidarität entgegensetzen.

In Hamburg bedeutet dies, der kapitalkonformen Zurichtung der Stadt durch eine investorenfreundliche Baupolitik, dem Abbau von Sozialbindungen für Wohnraum, Gentrifizierung, Gefahrengelände (neuerdings „gefährlichen Orten“), der degradierenden Behandlung von Hartz IV EmpfängerInnen, einer ausgrenzenden Sozialpolitik, der oft menschenunwürdigen Unterbringung und Behandlung von Geflüchteten, racial profiling (rassistischen Kontrollen), Waffenexporten durch den Hamburger Hafen, der verwertungsorientierten Gestaltung der Bildung und der Privatisierung des Gesundheitswesens sowie dem G20 Gipfel eine menschenwürdige Perspektive und konkrete Projekte entgegenzusetzen.

In Mitte müssen insbesondere in den Stadtteilen St. Georg und St. Pauli aber auch in den weiteren



Stadtteilen des Bezirks soziale Träger gestärkt werden. Die Kürzungspolitik und die Schuldenbremse müssen sofort beendet werden. Anstatt auf Repression gegen Obdachlose und Geflüchtete zu setzen, bedarf es Konzepten der Integration und des Dialogs. Dazu gehört auch, dass jedem Menschen eine Wohnung und das Recht zu arbeiten sowie eine gute Gesundheitsversorgung zustehen. Der dafür notwendige Reichtum ist vorhanden, er muss nur so verteilt werden, dass alle Menschen daran teilhaben können. Dazu bedarf es als einem ersten Schritt, neben weiteren Maßnahmen, der gerechten Besteuerung großer Vermögen.

Auf Bundesebene bedeutet das unter anderem: Hartz 4 gehört abgeschafft, die Agenda 2010 muss überwunden werden. Abkommen wie CETA und TTIP dürfen auf keinen Fall ratifiziert werden. Sie bedeuten die weitere Aushebelung von Standards im Bereich der Demokratie, des Arbeitsrechts, des Verbraucherschutzes und des Umweltschutzes sowie die Einführung von Gerichtsbarkeit jenseits der Rechtsstaatlichkeit.

Kriege und die Destabilisierung Afghanistans, weitere Teile Afrikas, der Ukraine sowie des gesamten Mittleren Ostens müssen beendet werden. Anstatt im Rahmen der zunehmenden Militarisierung der EU den Konflikt mit Russland u.a. mit Manövern und Truppenverlegungen sowie Sanktionen zuzuspitzen, bedarf es einer neuen Entspannungspolitik sowie einer gemeinsamen europäischen und weltweiten Sicherheitsarchitektur. Gegenüber der zunehmend diktatorischen Regierung Erdogan muss die Bundesrepublik endlich klare Kante zeigen. Insbesondere muss die sicherheitspolitische und militärische Zusammenarbeit mit dieser Regierung, die auch weiterhin mit dem Islamischen Staat paktiert, auf Eis gelegt werden. Die Bundesrepublik sollte anstatt weiter auf Austeritätspolitik und Exportüberschüsse zu orientieren, den Binnenmarkt stärken und in der EU dafür wirken, das zum Beispiel Griechenland, Portugal und Italien ihre Volkswirtschaften stabilisieren können. Eine EU der unterschiedlichen Geschwindigkeiten führt in

die Sackgasse. Anstatt mit dem vorhandenen Reichtum die Banken zu retten und den Interessen der Lobbyverbände großer Konzerne zu folgen, muss den Menschen ein würdiges Leben ermöglicht werden.

Nur durch die Beendigung von Kriegen und durch eine faire Handelspolitik wird es möglich sein, dass nicht mehr derart viele Menschen aus zerstörten Ländern fliehen. Um das zu erreichen bedarf es einer friedlichen Außenpolitik und einer langfristigen Planung zur Konversion der Rüstungsbetriebe – denn die Bundesrepublik liefert viele der Waffen für die genannten Kriege.

In Anbetracht dieser Situation sollten wir einen kraftvollen Wahlkampf gegen die neoliberale Politik von CDU, SPD, Grünen und FDP führen. Im Wahlkreis Mitte bedeutet das, neben den genannten Aspekten, auch die Politik des der Rüstungslobby nahestehenden Seeheimer Kreis Co-Sprechers Johannes Kahrs deutlich zu kritisieren und Alternativen dazu aufzuzeigen.

Liebe GenossInnen, ich setze mich seit langer Zeit u.a. intensiv für Menschenrechte, Frieden, eine menschenwürdige Flüchtlingspolitik, das Wahlrecht für alle Menschen, soziale Gleichheit, gleichen Zugang zum Gesundheitswesen und eine faire Handelspolitik ein. Dafür arbeite ich u.a. mit AnwältInnen, der Friedensbewegung, der Lampedusa-Gruppe, dem Flüchtlingsrat, afrikanischen, türkischen und kurdischen Vereinen, Gewerkschaften, christlichen AkteurInnen und Stadtteilinitiativen zusammen – und verknüpfe dieses Engagement mit parlamentarischen Initiativen in der Bürgerschaft.

Ich denke u.a. aufgrund meiner Erfahrungen aus außerparlamentarischer Arbeit, Menschenrechtsarbeit, meiner Arbeit in der Bürgerschaftsfraktion und dem Europawahlkampf bin ich in der Lage DIE LINKE in Mitte gut zu vertreten und Teil eines Wahlkampfes zu sein, der unsere SpitzenkandidatInnen auf der Landesliste unterstützt und stärkt. Daher bitte ich um Euer Vertrauen für eine Kandidatur als Direktkandidat in Hamburg Mitte.

Martin Dolzer, MdHBü

Newroz-Fest: Frühjahrsempfang mit Bodo Ramelow 27. März um 18:00 - 22:00



Newroz oder Nouroz heißt das Neujahrs- und Frühlingsfest, das seit über 3000 Jahren am 21. März von mehr als 300 Millionen Menschen im Nahen und Mittleren Osten, auf dem Balkan, in der Schwarzmerregion, auf dem Kaukasus und in Zentralasien gefeiert wird.

Wir möchten als Fraktion DIE LINKE diese Kultur in einem öffentlichen Rahmen würdigen und gleichzeitig mit den Hamburgerinnen und Hamburgern den Frühling in unserer Stadt begrüßen.

Deshalb laden wir Sie herzlich zu unserem Frühjahrsempfang am 27. März im Hamburger Rathaus ein. Diesjähriger Gastredner wird Bodo Ramelow, thüringischer Ministerpräsident, sein.

Freuen Sie sich auf internationale Musik, kulinarische Überraschungen, Tanz, Kultur und Informationen!

Bitte melden Sie sich bis zum 15. März unter dieser Adresse an: veranstaltungen@linksfraktion-hamburg.de

Wir freuen uns auf Sie!

Wir sind kampagnenfähig!

Dank des Einsatzes von Hildegard Heinemann und Heike Wokon aus der AG LISA, unterstützt von Deniz Celik aus der Bürgerschaftsfraktion, hat es inzwischen eine ganze Reihe von öffentlichen Aktionen im Rahmen der Kampagne gegen den Pflegegenotstand in den deutschen Krankenhäusern gegeben. Am internationalen Frauentag waren es immerhin sechs Krankenhäuser, vor denen wir mit den traditionellen Nelken standen und unsere Solidarität mit den Beschäftigten zum Ausdruck brachten.



Aktion in St. Georg am 14.2.

In St. Georg hatten wir schon am 14.2. (Valentinstag) geübt, da war der 8. März fast schon Routine. 100 Nelken waren in einer halben Stunde weg, zum Glück gab es noch Herzen und Glückskekse (spezielle zu dieser Aktion) als Beigabe zum Flyer.

Es wird in den nächsten Wochen und Monaten



noch mehr Gelegenheiten geben, das gemeinsame Anliegen in den Blickpunkt zu rücken.

Und wie so oft machten wir die Erfahrung, dass die Menschen ansprechbar sind, insbesondere mit einer Blume in der Hand und einem Lächeln. Das ist nicht revolutionär, aber wirksam und nützt der Aufklärung.

Und weil dann oft ein Lächeln zurückkommt, macht es sogar richtig Spaß Besel.

BO Wilhelmsburg/Veddel und DKP für mehr Krankenhauspersonal



Am 24.2. haben Wilhelmsburger Mitglieder der Linken und DKP gemeinsam auf dem Markt am Berta-Kröger-Platz Unterschriften unter dem Hamburger Appell für mehr Krankenhauspersonal gesammelt. In nur 2,5 Stunden haben wir über hundert Unterschriften gesammelt und noch mehr Gespräche geführt. Manchmal gab es sogar kleine „Schlangen“ beim Unterschreiben. Das Thema trifft den Nerv der meisten Menschen und viele haben ihre Erfahrungen am eigenen Leib machen müssen. Drei der Unterzeichner möchten sogar angesprochen werden, wenn es gilt den Kolleginnen und Kollegen bei Arbeitskämpfmaßnahmen für einen besseren Personalschlüssel an der Seite zu stehen. Wie das Bild zeigt, hat es den Unterschriften-SammlerInnen viel Spaß gemacht.

Ronald Wilken

Am 8. März: Zeichen setzen gegen sexualisierte Gewalt

Liebe GenossInnen,
am 8. März machten wir mit der Bürgerschaftsfraktion der LINKEN zum internationalen Frauentag eine Veranstaltung zur sexuellen Gewalt gegen Frauen am Rathausmarkt und in der Mönckebergstraße. Wir verteilten dabei kleine lila Stoffbeutel mit der Aufschrift "Gewalt gegen Frauen" Untragbar!



Damit wollten wir auch an die noch nicht in allen Bereichen vorhandene Gleichberechtigung von Frauen und Männern erinnern und ermahnen. Simple Beispiel hierfür ist die ungleiche Entlohnung für Arbeit von Frauen und Männern, Männer bekommen auch heutzutage mehr Geld als Frauen für gleiche Arbeit.

Wichtig war und ist uns ebenso das Thema der häuslichen Gewalt und damit verbundener sexueller Gewalt an Frauen! Viele der Frauen trauen sich nach Missbrauch nicht bei den Strafverfolgungsbehörden eine Anzeige zu machen, entweder aus Angst vor den Tätern des körperlichen Missbrauchs, aus Schamgefühl oder der Furcht, dass ihnen letztendlich nicht geglaubt werden könnte.

Oft steht in den Schreiben der Staatsanwaltschaften, ihre Ausführungen seien als nicht glaubhaft zu sehen oder es könne ihren Ausführungen nach Aktenlage keine Glaubhaftigkeit zukommen, u. ä. bzw. wird auf fehlende Zeugen verwiesen. Zeugen bei einer Vergewaltigung oder versuchter Vergewaltigung, bitte was?

Diese Frauen stehen nach ihren Missbrauchserfahrungen häufig im Stich gelassen von Polizei, Staatsanwaltschaften und Gerichten mit ihren

Traumata als Opfer dieses Missbrauchs alleine da. Verbringen dann lange Zeit in Psychiatrien oder in therapeutischer Behandlung, was ihnen in der Folge dann häufig zum Nachteil ausgelegt wird. Im Regelfall steht der durch Gerichte zugesicherte Gewaltschutz als einstweilige Verfügung gegen die Täter auch nur auf dem Papier und wird gerne von Polizisten als Privatsache oder mit Hinweis auf Familiengerichte von der Verantwortung her gerne verschoben.

Aber hierbei geht es häufig explizit um Strafgesetze, von Körperverletzung bis zu versuchter und ausgeführter Vergewaltigung. Diese müssen verfolgt werden, jede Unterlassung durch staatliche Organe und Strafverfolgungsbehörden würde gegen das Gesetz verstoßen.

Wenn nun viele denken mögen, sowas gäbe es bei uns nicht mehr in dieser angeblich so aufgeschlossenen Gesellschaft, wäre ein Gespräch mit den traumatisierten Frauen hilfreich. Die Dunkelziffer mag sehr hoch liegen, weil die Frauen meist keine Möglichkeit finden sich nach außen und innerhalb unserer Gesellschaft mitzuteilen.

Wir hatten Spaß zusammen mit dieser Aktion am Nachmittag ab 14:00 Uhr und die vielen lila Stoffbeutel wurden uns förmlich aus der Hand gerissen.

Eure revolutionäre Maureen Schwalke

Mit Martin Schulz gegen Hartz IV?

Plötzlich ist bei der SPD von einem neuen möglichen Bundeskanzlerkandidaten die Rede. der als EU-Parlamentarier und EU-Parlamentspräsident bekannt ist und Martin Schulz heißt. Dieser hat eigene Vorschläge und möchte die von Altbundeskanzler Gerhard Schröder damals eingeführte AGENDA-2010 verändern.

Hierzu wurden als Vorschläge von ihm genannt: eine Verlängerung des Arbeitslosengelds I über 12 Monate hinaus für alle Arbeitslosen sowie eine Änderung des Teilzeit- und Befristungsgesetzes bzw. die Eindämmung befristeter Beschäftigungen auf dem deutschen Arbeitsmarkt.

Würde er sich für eine **Abschaffung** von HARTZ 4 einsetzen und die Sozialhilfe wieder einführen, das Aufbrauchen von privatem angesparten Vermögen

im SGB abschaffen, jedem Langzeitarbeitslosen die Arbeitslosenhilfe wie vor 2004 wieder gewähren wollen und dieses auch politisch im Bundestagswahlkampf 2017 fordern als Bundeskanzlerkandidat, dann wäre er glaubwürdig.

So muss die LINKE seine Forderungen auf jeden Fall ergänzen, denn diese sind so leider unvollständig und nicht ausreichend. Da muss auf jeden Fall noch wesentlich mehr rüberkommen als bisher. Warten wir das alles einmal ab und beobachten sorgfältig. Die LINKE bleibt bei ihren Zielen in der Sozialpolitik, der Arbeitsmarktpolitik und der Armutsbekämpfung. Sie wird von ihrem politischen Kurs keineswegs abweichen!

Roberto Perez-Hagen

Dieselskandal: Fahrverbote in Stuttgart ab 2018?!

Wir sollten uns im Wahlkampf doch für die kleinen Leute einsetzen, die tagtäglich mit ihren Autos zur Arbeit fahren müssen. Die kleinen Leute dürfen für den Betrug der Autokonzerne nicht bestraft werden, denn das sind unsere potenziellen WählerInnen.

Die Diesel mit der grünen Plakette EURO 4 waren bis vor dem Dieselskandal die saubersten Dieselfahrzeuge. Die neue Schadstoffklasse EURO 6 dunkelblau ist erst jetzt auf den Markt gekommen und sehr, sehr teuer. Auf dem Gebrauchtwagenmarkt sind sie nicht in der Zahl zu haben, wie es notwendig wäre, wenn in Stuttgart ab 2018 Fahrverbote für Dieselfahrzeuge kämen. Alle Betroffenen vertrauten damals auf EURO 4 und richteten ihr Verhalten auf die Gesetzeslage hin aus. Auch wenn Kommunen hierzu rechtlich ermächtigt sind, müssen alle bisherigen vor 2018 zugelassenen Diesel-PKW und Kfz von den Fahrverboten ausgenommen werden. Es ist nicht das Ziel und darf es in unserem Rechtsstaat auch nicht werden, den Vertrauensschutz der BürgerInnen zu verletzen.

Die Preise für EURO 6 Diesel könnten ggf. exorbitant steigen auf dem Gebrauchtwagenmarkt, so wie damals 1990 zu Zeiten kurz vor der Wiedervereinigung zwischen der DDR und der Bundesrepublik. Es gibt immer mehr ArbeitnehmerInnen, die sich gar keinen EURO 6 Diesel-PKW finanziell leisten können und diese gilt es zu schützen. Eine solche Umweltpolitik gilt es von Seiten der Linken abzulehnen und unsere WählerInnen in Baden-Württemberg zu schützen. Die Linke vom Landesverband Hamburg sollte mit der Linke vom Landesverband in Baden-Württemberg und vom Stadtverband Stuttgart in Kontakt treten, um gemeinsam gegen diese Politik vorzugehen, auch im neuen Bundestag.

Roberto Perez-Hagen



Zum Thema im Netz:

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/feinstaubbelastung-diesel-fahrverbote-in-stuttgart-ab-2018/19422334.html>

https://www.google.de/?gws_rd=ssl#q=dieselskandal+und+fahrverbote+stuttgart&*

<http://www.bild.de/geld/wirtschaft/autos/adac-prangert-diesel-fahrverbote-an-50710894.bild.html>

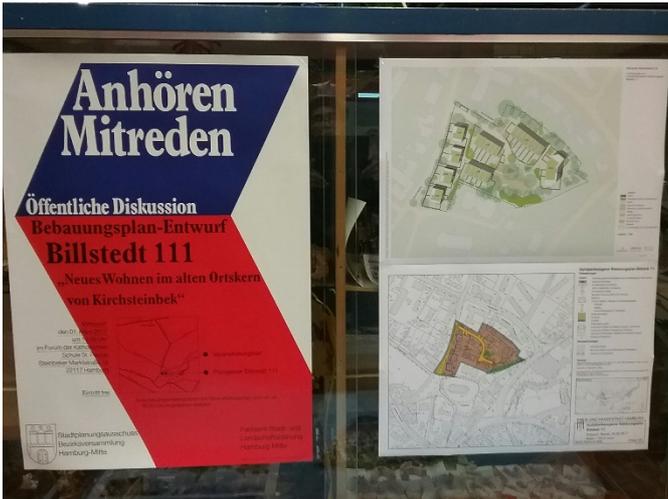
<http://www.logistra.de/news-nachrichten/nfz-fuhrpark-lagerlogistik-intralogistik/8540/maerkte-amp-trends/umweltzonen-stuttgart-will-diesel-ab-euro-5-au>

https://www.google.de/?gws_rd=ssl#q=vertrauensschutz+grundgesetz&*

https://www.google.de/?gws_rd=ssl#q=vertrauensschutz+verwaltungsrecht&*

https://www.google.de/?gws_rd=ssl#q=vertrauensschutz+verwaltungsakt&*

Bebauungsplan Billstedt 111



Am Mittwoch den 01.03.2017 um 19:00 Uhr fand in der alten Grundschule St. Paulus in Kirchsteinbek-Steinbeker Marktstrasse (gehört zu Billstedt) die öffentliche Diskussion des Bebauungsplan-Entwurfs Billstedt 111 statt.

Hierbei geht es um neuen Wohnungsbau auf dem Gelände der sich noch dort befindlichen alten Grundschule im Kirchsteinbeker Ortskern und rundherum um dieses Areal.

Der Bebauungsplan sieht eine Bebauung mit zum Teil Eigentumswohnungen und frei finanzierten Wohnungsbau vor, sowie mit Wohneinheiten von sozial geförderten und gebundenen Wohnungen.

Für die Linke begleite ich dieses und andere Bauprojekte in den entsprechenden Begleitgremien.

Maureen Schwalke

Marx-Anekdote



Auf Facebook wurde vom Presseteam des neuen Filmes "Der junge Karl Marx" bei Teilnahme am Posting eine kleine Büste des jungen Karl Marx in Aussicht gestellt. Bedingung war, dass man eine Verbindung mit Karl Marx und Engels herstellen kann bei Facebook und auf deren Account postet.

Ich postete daraufhin ein Selfie-Foto am Denkmal von Karl Marx und Engels, wo im Hintergrund die

Fotos: Maui

großen Statuen zu sehen sind. Und gewann damit eine etwa handgroße Gipsstatue des von mir sehr verehrten Karl Marx. Anbei ein Foto davon, er hat nun natürlich bei mir einen Ehrenplatz bekommen. Damit ich ihn immer anschauen kann und mich an sein Werk "Das Kapital" erinnern kann.

Was mich ebenso ständig daran erinnern soll, was die schrecklichen Auswirkungen des Kapitals im täglichen Leben bewirken und für das Leben im Allgemeinen bedeuten. Erinnert mich an all die Entbehrungen von Jenny und Karl Marx in deren Leben, einschließlich der Zeiten von starker Armut seiner Familie und deren Tragödien, bis hin zu Kindestod. Die Armut hatte damit ihren Tribut gefordert!

Heute tauchen trotz besserer sozialer Versorgung, nach der Devise "Uns geht es doch heute noch gut genug, im Rückblick auf damalige Zeiten", bereits wieder starke Parallelen zu diesen Armutsverhältnissen auf: Obdachlosigkeit, Wohnungsnot, Kinder- und Familienarmut, Altersarmut, Pflegenotstand in Krankenhäusern usw. und so fort!

Maureen Schwalke

Ein paar Anmerkungen zur aktuellen politischen Lage – oder: Was tun!

Die jüngsten politischen Entwicklungen in Deutschland geben Anlass zur Sorge, wie schon so oft. Die Punkte zu denen ich mich nachstehend äußere werden natürlich nicht auf Hamburger oder gar Billstedter Ebene federführend bearbeitet, aber ich denke, dass sie auch unser politisches Verhalten beeinflussen. Deshalb erlaube ich mir, sie hier anzusprechen.

Da gibt es zunächst das gescheiterte **NPD-Verbotsverfahren**. Das Bundesverfassungsgericht erklärt, dass die NPD eine verfassungsfeindliche Partei sei, man sie jedoch nicht verbiete „wegen fehlender Anhaltspunkte für eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele“¹. Demnach müsste sie erst dann verboten werden, wenn sie in der Lage wäre, ihr Ziel zu erreichen, also möglicherweise bereits zu stark um ein Verbot noch durchsetzen zu können. Noch viel problematischer erscheint mir der Hinweis: „die Richter betonten die Möglichkeit, der Partei die staatlichen Finanzhilfen zu streichen. Allerdings wäre dafür eine Grundgesetzänderung nötig.“². Auch in unserer Partei gibt es zu diesem Punkt unterschiedliche Meinungen. Eine solche Regelung böte vermutlich die Möglichkeit, die öffentliche Parteienfinanzierung einer jeden missliebigen Partei zu beenden. Beim aktuellen Rechtsruck in der BRD erscheint mir die Gefahr sehr groß, einer weiter rechts stehenden Bundesregierung das gesetzliche Werkzeug zu liefern, u.a. der Linken den Geldhahn zuzudrehen. Diese Gefahr sieht wohl auch der Genosse Frank Tempel, wogegen die Genossin Gabi Zimmer anscheinend mehr von dem Schmerz, der NPD Geld zu geben, geleitet wird.

Die aktuelle **Trumpomania** bietet den tonangebenden PolitikerInnen eine hervorragende Möglichkeit, von gleichartigen Missständen bei uns abzulenken. Trump will

- an der US-Südgrenze eine *Mauer* bauen um Latinos auszugrenzen. Haben wir in der EU schon längst durch den Burggraben Mittelmeer umgesetzt, gegen die großen europäischen Zäune in Ceuta/Spanien oder Ungarn regt sich

kein Widerstand und der Zaun an der Ostgrenze Litauens wird zu einem erheblichen Teil aus EU-Mitteln finanziert³. Stimmt nicht sagt die EU-Kommission, sie zahle nur das Grenzmanagement nebst Überwachungs-ausrüstung.

- einen *Moslem-Bann* durchsetzen. In der Bundesrepublik bestimmt seit Monaten – oder sind es Jahre – die zumindest teilweise Ausgrenzung von Muslimen die Politik und seit Anfang 2017 ist uns auch das Wort „Nafri“ (nordafrikanische Intensivtäter)⁴ geläufig.
- auch *Schutzzölle* erheben: Macht die EU schon lange „EU erhebt Schutzzölle auf Solarmodule“⁵ und „Der Aufschlag auf Stahl aus Russland beträgt laut EU-Kommission jetzt zwischen 18,7-36,1%. Für Importe aus China werden 19,7-22,1% fällig. Die Zölle gelten für die nächsten fünf Jahre.“⁶. Ich meine deshalb, es wäre an der Zeit, das allgemeine Trump-Bashing (außer zur Erbauung) zu beenden und den Versuch zu unternehmen, gleichartige Fehler in der eigenen Gegend zu beheben.

Die **NATO** ist und bleibt ein Lieblingskind der regierenden Deutschen. Dass Trump mit Macht mehr finanzielles Engagement fordert wird von der CDU/CSU mindestens verstanden. Die SPD lehnt eine Erhöhung der Verteidigungskosten (vor der Wahl) ab, hat aber am 08.02.15 die Beschlüsse des NATO-Gipfels⁷ vom September 2014 mit einer Erhöhung der Rüstungsausgaben auf 2 % des BIP begrüßt. Auch will die Bundesrepublik nicht an den internationalen Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot teilnehmen; diese Entscheidung hat noch Außenminister Steinmeier getroffen – möge ihm der Friedensnobelpreis verliehen werden – mein Gott, Frank-Walter!

³ <http://www.euractiv.de/section/eu-aussenpolitik/news/eu-finanziert-litauens-grenzzaun-zur-russischen-exklave-kaliningrad/>

⁴ <https://www.merkur.de/politik/nach-koeln-was-heikle-arbeitsbegriff-nafri-wirklich-heisst-7187009.html>

⁵ <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/eu-china-schutzsoelle100.html>

⁶ <http://finanzmarktwelt.de/endgueltige-anti-dumping-zoelle-auf-stahl-gegen-china-und-russland-39188/>

⁷ <http://www.nato.diplo.de/contentblob/4325924/Daten/4919187/gipfele-rklaerungwales.pdf>

¹ <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2017/bvg17-004.html>

² <https://www.tagesschau.de/inland/npd-parteienfinanzierung-101.html>

Fällt mir noch ein **der bessere Schutz von Polizisten**. Dass man Polizisten, Sanitäter, Feuerwehrleute während ihrer Arbeit weder behindert noch angreift versteht sich von selbst: es sind Menschen; obendrein sind sie zum Teil auch noch unterwegs, um anderen zu helfen. Im Hinblick auf Polizisten höre ich da Widerspruch. Ich denke das liegt daran, dass die Polizei bedauerlicherweise von unseren OberpolitikerInnen bisweilen als Bürgerkriegstruppe eingesetzt wird, ohne den hierdurch entstehenden Schaden zu bedenken. Einige Stichworte dafür lauten Brokdorf, Castor, Heiligendamm, Startbahn West, Wackersdorf. Die von den Herren de Maizière und Maas beabsichtigten Strafverschärfungen bleiben nach Auffassung von Frau Steffesenn (Kriminologin, ex-Polizistin) zumindest nutzlos⁸. Der Genosse Tempel (ex-Polizist) teilt diese Meinung anscheinend⁹ ebenso der Karlsruher Bundesrichter Thomas Fischer¹⁰, demzufolge durch bessere Personalausstattung u.ä. erheblich mehr für den Schutz der PolizistInnen getan werden könnte. Besonders problematisch scheint mir die Einlassung der CDU-Abgeordneten Winkelmeier-Becker in der Bundestagsdebatte vom 17.02.17 zu sein: „Dazu komme, dass ein Täter bei Gewalt gegen Polizisten auch dem Staat gegenüber eine besondere Respektlosigkeit an den Tag lege“¹¹. Sie hat offensichtlich ebenso wie ihr Fraktionskollege Harbarth nicht begriffen, dass sie nicht mehr im Kaiser- oder im Dritten Reich lebt, wo ihr ein Bundestagsmandat verwehrt geblieben wäre! Nicht der Bürger muss Respekt vor dem Staat haben, sondern vielmehr der Staat vor dem Bürger!



Verhältnisse erreicht werden kann. Hierzu brauchen wir nur in geringem Umfang theoretische Debatten in mehr oder weniger geschlossenen Versammlungen aber stattdessen erhebliche, auch optische, Präsenz auf der Straße. Ziel: jede Menge WahlbürgerInnen zu überzeugen, dass wir ihre Interessen vertreten.

Gun Wille 02/17

Und nun? ärgern wir uns über diesen Mist und ballen die Faust in der Tasche – das wird positive Änderungen zur Folge haben! Wir könnten allerdings auch, je nach Möglichkeiten und Möge der Einzelnen, versuchen, den Menschen in unserem Lande deutlich zu machen, dass nur mit der Linken eine Änderung der oben beschriebenen misslichen

⁸ <https://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/hjo-gesamt-170208-hjo-100.html>

⁹ <http://www.br.de/nachrichten/polizei-rettungskraefte-schutz-gesetzentwurf-100.html>

¹⁰ <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-01/polizist-opfer-gewalt-fischer-im-recht>

¹¹ http://www.focus.de/politik/deutschland/gewalt-gegen-polizisten-bundestag-debattiert-ueber-besseren-schutz-von-beamten_id_6661091.html

Gefährliche Radfahrstreifen – besser Radwege instand setzen!

Es geht mir hier speziell um Radwege, die auf der Straße/Fahrbahn verlaufen, welches jetzt durch eine Änderung der StVO ermöglicht wird. Ebenso die Nichtbenutzung von vorhandenen Radwegen auf Gehwegen, wenn diese nicht durch spezielle Beschilderungen hierfür freigegeben sind. RadfahrerInnen sollen auf Radwegen fahren, werden aber neuerdings auf die Fahrbahnen ausgelagert, was zu erheblichen Problemen und Konflikten zwischen dem motorisierten und dem nicht motorisierten Verkehr führt. Es müssen hier die geltenden Vorschriften der StVO umgesetzt, überall vorhandene Radwege beschildert und für Radfahrer freigegeben werden im gesamten Gebiet der FHH. Egal, ob es sich um eine 30-Zone in einem Wohngebiet, um eine Hauptverbindungsstraße oder einen Haupt Verbindungsweg handelt.

Außerdem müssen beschädigte Radwege instand gesetzt werden, so wie eben auch die Gehwege, um FußgängerInnen und RadfahrerInnen gleich zu behandeln und ausreichend vor Gefahren und Unfällen zu schützen, weil der Schutz des Lebens sich aus dem Grundgesetz und der Verfassung explizit ableitet. Für die Instandsetzung von Geh- und Radwegen müssen ausreichend Gelder zur Verfügung gestellt werden. Alle Bezirksämter, die Polizei und die Bauabteilungen müssen informiert und angewiesen werden, dieses umgehend umzusetzen.

Es kann nicht Sinn und Zweck der Änderungen in § 3 StVO sein, Kosten zu sparen und dabei Menschenleben zu gefährden. Die derzeitigen Umsetzungen sind unrichtig.

Ebenso gehört die Billstedter Hauptstraße zwischen Schiffbeker Weg/Moorfleeter Str. bis zur Reclamstraße wieder in beide Richtungen 2 spurig umgebaut - der Radverkehr gehört durch entsprechende Beschilderungen gemäß der geltenden Rechtslage auf die bereits vorhandenen Radwege, die immer schon dort waren. Gegenwärtig kommt es morgens in den Hauptverkehrszeiten vom Rotebrückenweg bis zur Billstedter Hauptstr./Reclamstraße zu enormen Rückstaus, Abgasbelastungen, unnötigem Verbrauch von Kraftstoffen und der Individualverkehr wird hier beeinträchtigt.

LINKS zu den angesprochenen Themen:

<http://www.erika-ciesla.privat.t-online.de/radweg-recht.html>

<https://de.wikipedia.org/wiki/Radverkehrsanlage>

<http://www.bussgeld-info.de/bussgeldkatalog-fahrrad-strassenbenutzung/>

<http://pdeleuw.de/fahrrad/stvo.html>

<http://bernd.sluka.de/Radfahren/rechtlich.html>

<https://www.zdf.de/dokumentation/zdf-reportage>

Es wird hiermit auf das bestehende Schikaneverbot im Verwaltungsrecht und die Pflicht zu ermessensfehlerfreien Entscheidungen der zuständigen Verwaltung in § 37 VwVerfG explizit hingewiesen:

Wenn etwas geändert wird, müssen die Bedingungen auch angepasst werden.

Außerdem ist zu prüfen, wie es sich verhält, wenn ein Radweg auf der Fahrbahn verläuft und dieser an einer Bushaltestelle und Haltebuch, wie etwa in der Bramfelder Chaussee, stadteinwärts verläuft und Omnibussen des Linienverkehrs ja das Anfahren zu ermöglichen ist. Gilt das nun auch für RadfahrerInnen, haben diese sich an der Stelle wie motorisierter Verkehr zu verhalten, oder muss der Linienbus nun den/die RadfahrerIn weiterfahren lassen? Es ist nicht zulässig, sich als Linienbus das Anfahren in den fließenden Verkehr zu erzwingen und RadfahrerInnen zu gefährden. Vielmehr ist der Verlauf eines Radweges an einer solchen Stelle derart gefährlich für beide Teilnehmergruppen des Straßenverkehrs, dass man den Radweg niemals dort hätte auf die Fahrbahn verlegen dürfen, da die StVO schwächere VerkehrsteilnehmerInnen ja eigentlich schützen müsste, jetzt aber eine Gefährdung zulässt. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis dort irgendwann eines Tages einmal ein schwerer Unfall mit RadfahrerInnen passiert.

Roberto Perez Hagen



Termine in (und für) Mitte

Mittwoch, 15.03., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Freitag, 17.03., 20 Uhr

Was bleibt vom langen Sommer der Migration?

Vortrag und Diskussion (rls)

GWA St. Pauli, Hein-Köllisch-Platz 12

Samstag, 18.03., 14 – 18 Uhr

Wahlkreisversammlung zur Wahl des/der DirektkandidatIn für den Wahlkreis 18

Kulturpalast Billstedt (siehe briefliche Einladung)

Montag, 20.03., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Donnerstag, 23.03. 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**

Sitzungssaal, Klosterwall 4

Freitag, 24.03., 16 Uhr

Hafencity - Expedition zu Fuß

mit Maren Cornils+ Heike Sudmann

Eingang HCU, Überseeallee 16

Anmeldung per Mail erwünscht

Montag, 27.3., 10:30 Uhr

Treffen der **LAG SeniorInnenpolitik:**

Positionierung zur Altersarmut in HH

Lilienstraße 15 (Einl. Deniz Celik)

April

Sonntag, 02.04., 14 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung mit Wahlen

Landesjugendring, Güntherstraße 34 (s. S. 2)

Montag, 03.04., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 05.04., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**

NEU: Büro Billstedter Hauptstraße 76

(Auf Einladung Mehmet Yildiz)

Mittwoch, 05.04., 19:00 Uhr

Treffen der Stadtteilgruppe St. Georg

Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 11.04. 19:30 Uhr ??

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**

Muss neu verabredet werden

Dienstag, 11.04., 20:00 Uhr

Treffen der Finkenlinken,

turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Montag, 17.04., 19:00 Uhr (Ostermontag?)

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**

Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 19.04., 19:00 Uhr

Treffen der BO Hamm, Horn, Borgfelde

Büro Borgfelder Straße 83

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der

Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Bezirksvorstand:	Telefon	Mail
Alexander Benthin	0176-70445442	alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Monika Berstecher		monika.berstecher@die-linke-hamburg-mitte.de
Michael Czerwinski	0175- 639 55 72	michael.czerwinski@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther	0151-44563129	joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Theresa Jakob		theresa.jakob@die-linke-hamburg-mitte.de
Regina Jürgens		regina.juergens@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister	0152-33854547	frank.rinnert@die-linke-hamburg-mitte.de
David Stoop	0153-77725737	david.stoop@die-linke-hamburg-mitte.de
Wolfgang Strauß		wolfgang.strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Eva Rozanski	0151 686 56 611	eva.rozanski@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaeftsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX